

Ersteinstufige
nachmitt. mit Anwesenheit
der Eltern- u. Lehrerschaft

Abendunterricht
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
Halbjährlich 3.00 Mk.
Jahresbeitrag 6.00 Mk.
Durch die Post bezugs-
fähig. Bestellschein 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Die Frau Welt
(Unterhaltungsbüchlein)
durch die Post nicht bezug-
bar. Halbjährlich 1.00 Mk.,
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Kassiererin: Frau
Hilke Kallmann.



Inserionsgebühren
für die 6 Spalten
je Zeile oder 6 Spalten
je 25 Pfennig.
Die ausserordentlichen Anzeigen
zu 50 Pfennig.
Im redaktionellen Sinne
kann die Zeile 75 Pfennig.

Inhalte
für die 6 Spalten
je 10 Zeilen der
Explosion aufgegeben
sein.

Eingetragen in die
Preissetzungstabelle.

Sozialdemokratisches Organ

**für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Draumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.**

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

Der Lehrer in der Kaserne.

Bis ins vorige Jahrzehnt hatten die Volksschullehrer das Conderrecht, ihrer aktiven Wehrpflicht mit einigen Wochen genügen zu dürfen. Da wurde auf einmal der lächerliche Gedanke laut, in dieser Begünstigung liege eine Zurücksetzung, und die Lehrer mühten es als Recht für sich in Anspruch nehmen, als Einjährige dienen zu dürfen. Und die Lehrer schrien so lange und so ungemüht nach dem „Rechte“, ein Jahr lang dienen zu dürfen, bis der Militarismus ihnen diese Gnade schamlos entzogen. In Wirklichkeit waren die Lehrer den Gedanken gewohnt, mit dem Militarismus hätte den Lehrern den Gehorsam jagetieren lassen, ihre Ehre werde gekränkt, wenn sie nur sechs Wochen zu dienen bräuheten. Kurz so leidet waren die Lehrer darauf hingefallen. Es wurde ihnen als Verdienst die Möglichkeit vorgegaukelt, Referententant zu werden. Dieser berüchtigt entzündenden Wunsch konnten viele Lehrer nicht widerstehen; sie liefen stracks in die Falle.

Aun sind sie drin und möchten gern wieder heraus. Aber der Militarismus denkt nicht daran, die in so plumper Falle Wegangenen wieder freizugeben. Mit dem Sommerleutnant ist's Ewig. Und wie es mit dem Leben als Einjähriger auf Staatskosten in der Kaserne bestellt ist, schilbert loben ein Lehrer, der's durchgemacht hat. In Nr. 28 und 30 des Wochenblattes Lehrerzeitung. Er schreibt:

Am ersten Tag war's: Beim Anheben der gerieten wir fälschlicherweise unter die Einjährigen. Wir wurden erkannt und als „Schulmeister“ zurückgewiesen und von wem? Von einem Herrn Feldwebel. Die Schulmeister sollen machen, daß sie fortkommen und sich bestimmen, was sie's nächste Jahr ihren Kindern aufgeben wollen.“

Wen's 7 Uhr klingen die Einjährigen freizulassen zum Kasernenhof hinans, die Schulmeister bekommen eine Stunde in der Kaserne angetrieben. Schmale, schmale, wackelige Schenkel haben regellos umher, ungeschickliche Bewegungen primitivster Art setzen bis in aufrechten Stämmen, bloß offene Strohhäse liegen brin. Ein Tisch, allerdings nicht „mit glänzendem Wasche geputzt“, Stühle, die sehr an Pfeilstiche erinnern, und ein Wasserfaß sind das ganze Mobiliar. Ein mit Urin gefüllter Eimer verbreitet modrige Luft. Jetzt tritt ein Unteroffizier, dein Vorgesetzter, ein und bringt für jeden eine schmutzige Schüssel aus Eisenblech, dein Waschbecken, eine kleine, glanzlos vernickelte Schüssel mit zwei Henkeln, es ist dein „Ehlschlag“, aber dreifach gewundene, grau-weiße Stühle Leinwand, die Handtücher, zwei mächtig grobe, graue Teppiche, dazu einen grau- und blaukarierter Leberzug und ein großes, grauweiße Sinnen. Vergeblich suchten wir ein Stiften; auf ein hartes Strohpolster in verholtem Leberzug mußten wir künftig unser Haupt hinklappen. . . .

Wittig's gib's „Kutteln“. Wenn einer das Fischen versteht, mag er immerhin etliche Broden fangen; in widrigen ist die Speise sehr kümmerlich. Nimmst du dir selber. Du eilst gar keine und suchst dort keinen Hunger zu stillen. Der Einjährige legt nicht mehr Geld aus und hat ein anständiges Essen auf seinem Vorkammler, der „Schulmeister“ versucht, das Fett im Wiedern, „Ehlschlag“ mit kaltem Wasser und etwas Sand vom Kasernenhof zu entfernen. Guten Appetit!

Der „Schulmeister“ ist Kellner und Spüljunge! An Stelle einer angenehmeren Unterhaltung nach Tisch beordert der „Schulmeister“ seine Weibsgenossen mit Pappose, Guttalzin, Krebse, Nichte, Schühel. Sein Korporalchef führt, der Einjährige und „Schulmeister“ ausbildet, achtet die Fertigkeit der letzteren im Putzen und befehlt ihnen, seine Kleider, Stiefel, Sattel, Patronenfaßchen, Helm, Seitengewehr jeden Mittag und jeden Abend auf seinem Zimmer zu holen und tabellos zu putzen.

Der „Schulmeister“ ist Unteroffizierspuler! Wunsch der Herr Vorgesetzte eine Zigarre zu 5 zu rauchen, so erteilt er dem „Schulmeister“ den ehrenvollen Auftrag. — Gehorsam gegen die Vorgesetzten! — Du bemest keine ohnehin schon müden Knochen 84 Stufen abwärts und 84 Stufen aufwärts. Vielleicht beandst dich der „Herr Unteroffizier“. Er muß es ja nicht. Du kommst zurück und er erteilt dir sogar Anstandsunterricht. Ich habe nämlich angefallen und beim Herintreten geträht. Statt des Grußes sollte ich nun feierlich eine stramme Haltung einnehmen und fragen: „Belastet Herr Unteroffizier, daß ich eintrete.“ Am andern Abend wünscht der Herr Unteroffizier „einen Vetter um 6 und einen Nachtkäse um 12.“ — Gehorsam gegen die Vorgesetzten! —

Der „Schulmeister“ ist Laufburche des Unteroffiziers! Nachdem unser Gewächsmann bewiesen hat, daß der Schulmeister, der als Staatsinjähriger dient, in der Kaserne auch als Fensterwäscher und Hausrecht Verwendung findet, erzählt er weiter:

„Ich's etwa noch nicht genug, so will ich dir noch einen Dienst nennen, von dem die „Schulmeister“ auch nicht verschont bleiben. Da innerhalb der Kaserne Nachtlaborte nicht vorhanden sind, so werden in den Gängen allenfalls entsprechende hölzerne Gefäße aufgestellt. Die „Schulmeister“ werden ebenfalls dazu benützt, dieselben zu transportieren. Aber es sog einem der liebliche Duft in seine Nase und Kleider. Und — Gehorsam gegen die Vorgesetzten!

Der „Schulmeister“ ist Kastrationsarbeiter! Die Kastration ist schon zu häufig im „äußeren Dienst“, wobei schreiender kann im „inneren Dienst“ gebraucht werden und vor denen der „Schulmeister“ am wenigsten sicher ist, ich will sie nicht wiederholen.

Und benehne wohl, das sind bloß Dreingabern „nach dem Dienst“, glaube ja nicht, daß während des Exerzierens auch wie jeder andere Soldat behandelt würde! Beim Einjährigen wird oftmals ein oder beide Augen geprügelt, bis dir heißt es nur zu oft: das kann bloß einem „Schulmeister“ passieren! zc.

Aun die Folgen einer solchen Behandlung. Lieber Freund! Du wirst verdrüsslich, notwendig etwas stumpf und stumpfsinnig, wenn nicht gar verblödet. Die 806 Tage sind größtenteils Lebenslage. Eldere Genüsse sind für diese Zeit so gut wie verloren. Du beneidest den Einjährigen, der nach dem „äußeren Dienst“ sich in die Ausgangsuniform wirft und „frei weg“ geht. Ein weiterer Abend im gefesselten Arrest schickst du ihn für die Nacht des Tages. — Du bist Kellner, Spüljunge, Unteroffizierspuler, Laufburche, Dienstwächter, Hausrecht, Kastrationsarbeiter!

Unauslöschlich, mit glühenden Fingern stehen diese Erinnerungen in meinem Gedächtnis geschrieben. Ich wollte sie lieber im Lichte deswachen; aber es gelingt mir nicht. Lieber Freund!

Scheue kein Opfer! Keines ist so groß! Aber entrinne dem grausamen Schicksal des Staats- oder Kasernen-Einjährigen, solange es noch Zeit ist. Doch ein Wort meines Leidensgenossen. Wenn mit jemand solches vom Kommissar gesagt hätte, ich hätte freiwillig gedient, und wenn ich das Weib beim Juben hätte holen müssen.“ Das ist auch meine leider verspätete Klage. Darum: Diene unter allen Umständen als „Einjähriger-Freizwilliger“.

Der Lehrer hat's noch gut gehabt. Von körperlichen Mißhandlungen ist er verschont geblieben. An sich schadet es gar nichts, wenn auch Gebildete am eigenen Leibe kennen lernen, welche Fähigkeiten das Kasernenleben dem Soldaten bietet. Mühen alle Einjährigen ihr Jahr in der Kaserne abtun, dort wohnen und essen, dann würden bald die schillmühtigen Kasernenkreuzer verschwinden, weil dann auch für ein Zentnerfeil daran hätten, das Leben in der Kaserne erträglich zu gestalten.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 14. August 1908.

Das Nädern als Herrensport.

Eine neue amtliche Statistik, die dem Prinzen Heinrich von Preußen wenig gefallen wird, die aber trotz drohender prinzipieller Ungnade von der Presse unmöglich totgeschwiegen werden kann, beweist abermals die dringende Notwendigkeit eines strengen gesetzlichen Einschreitens gegen die blutigen Ausschreitungen des Automobilspiltes. Im Jahre 1907/08 sind nach den neuesten Verhältnissen nicht weniger als 145 Verletzungen durch Automobile getötet und 2204 mehr oder minder schwer verletzt worden. Die Zahl der Unfälle betrug im ganzen 4719, eine enorm hohe Ziffer, zumal wenn man bedenkt, daß es in ganz Deutschland am 1. Januar 1908 nur 34 200 Kraftfahrzeuge gab. Geradezu fast gänzlich ist aber die Verhältniszahl in Berlin, wo 1904 vorübergehende Fahrzeuge im Laufe eines Jahres 2165 Unfälle erzielten, so daß durchschnittlich auf jedes Berliner Automobil jährlich mehr als ein Unfall kommt!

In früheren Zeiten konnten die Intendanten doch nur nach peinlicher Untersuchung und auf gerichtlichen Befehl gerädert werden. Heute ist das Nädern geradezu zum Herrensport geworden, und die Polizei bleibt blind, das Gesetz stumm. Nicht nur, daß keine Vorjore getroffen ist, um die leichtfertigen Verächter von Menschenleben strafrechtlich in angemessener Weise zur Verantwortung zu ziehen, man versucht sogar, sie durch gelobteberühmte Akte von ihren zivilrechtlichen Verpflichtungen ihren Opfern gegenüber tunlichst zu entlasten.

Bei der Beratung des neuen Automobil-Gesetzes im Reichstag wird sich erwünschte Gelegenheit bieten, aber den autoritativen Wortspruch und seine hochgeborenen Patrone ein paar deutliche Worte zu sagen.

Zepellin-Sammlungen in der Kaserne.

Das deutsche Offiziersblatt bringt einen Aufsatz zu Sammlungen für die Luftfahrt unter der gestellten Aufschrift **W e h r m a c h t**. Die Sammlung soll also nicht etwa nur auf

Hurra! Hurra!

Ein Zeitroman von V. E. Teranus.

Der junge Gebhard machte eine Gebärde hervorbrechenden Ketzers und trat dicht an seinen Vater heran, dem er etwas heilig ins Ohr raunte. Doch der Kommerzienrat wies ihm mit einer beschwichtigenden, abwägenden Handbewegung zurück. Die geforderte Vorlesung wurde ihm auch teilweise bewilligt. Wenn ich ja auch nicht an einem Tage erlaubt werden. Immer peu à peu. Also vorläufig fünf Prozent — hört Ihr!

Die beiden Kollegen Otto Thiele traten an ihn heran und rückten mit ihm. „Und die Vertügerung der Arbeitseig?“ fragte der Wortführer der Arbeiter.

Der Kommerzienrat zuckte mit den Achseln. „Ja, Kinder, die kann ich Euch nun leider nicht dienen — mit dem besten Willen nicht. Das läßt schon die Kontur —“

„Wa, dann können wir ja gehen“, schmitz Otto Thiele dem Sprechenden das Wort ab. Er wandte sich zur Tür, von seinen Kameraden gefolgt. Da rief ihm der Kommerzienrat nach.

„Zum Donner — na so hört doch mal! Ich will Euch noch was sagen.“

„Aber Papa“, unterbrach Alfred Gebhard seinen Vater in ostentativ überhebendem, schnarrendem Lautenston — er war nach seiner letzten Sommerübung zum Referentenernannt worden, — daß doch die unermessliche Wunde! Du schilt ja, die frechen Pöbel wollen Deine Keuleitigkeit nicht mal anerkennen.“

„Otto Thiele war mit einem Stud herum. Ein unartikulierter Laut entzog sich ihm, seine hochgehobenen Braut; seine Augen flammten, jede ruhige Lieberzeugung, alle Selbstbeherrschung schwand unter dem übermächtigen in ihm aufwallenden Zorn und Haß.“

„Dum!“ kreischte er, außer sich. Mit einem Satz stand er vor dem jungen Mann, und im nächsten Moment hatte er ihn zu Boden getreten. Dann packte er ihn mit der einen Hand an der Hüfte und mit der andern am Haar und stieß den

Ropf des Gegners, der sich gegen den unermesslichen Angriff kaum zur Wehre gesetzt hatte, wiederholt hart auf die Diel. Der Vorgang war so blutig erfolgt, daß es schon gesehen war, noch ehe sich die überraschten Zuschauer von ihrer Erstarrung freigemacht hatten. Auch die anderen beiden Hileure sahen der Handlung ihres Genossen im ersten Moment verblübt, mit einem unwillkürlichen Gefühl der Benützung zu. Dann aber waren sie es zuerst, die rasch zurückwärtlen, den Wählenden an den Schultern packten und ihn in die Höhe riefen.

In den nächsten Tagen brachten die Zeitungen unter der Epithelmarke: **„Ein neuer Akt des Terrorismus“** — einen von starker fittlicher Empörung durchdrungen Bericht über den Vorgang.

„Wohin die verheerende Tätigkeit der sozialdemokratischen Agitatoren führt, und mit welchen Mitteln freckend Verbrechen über mich machen werden, das ist mir schon längst klar. Ich habe bemerkt wieder einmal recht anschaulich und erschreckend ein Vorbild, der sich gestern im Kontor des bekannten Hoflieferanten Herrn Kommerzienrats Gebhard ereignet hat. Der humane Arbeitgeber hatte eben zu den Abgeordneten der in den Ausland getretenen Arbeiter in der möglichen besten und loblichen Weise gesprochen, als sich plötzlich der Hauptredakteur der Zeitungen, der Herr Wortführer Wiedemann und tabellarisch sozialdemokratischer Agitator hervorgehoben hat, an dem anwesenden Sohn des Kommerzienrats, dem Wittnhaber der Firma, in gewalttätiger und roher Weise verging.“

Kurze Zeit darauf begannen infolge der unter Vertügerung auf Satzungstagen 176 und 177 des Reichstagesgesetzbuches der Staatsanwaltschaft eingereichten Denuntiation die Vernehmungen. Zunächst wurden Wortführer Wiedemann sowie seine Leichter von Untersuchungsrichter vernommen. Es war eine unendliche Warte für das noch immer lebende junge Mädchen, das seltsam ganz verblüht war und unter einer tiefen Gemütsdepression stand, den Kreuz- und Querfragen des scharf inquirierenden Juristen handabgibt. Der Herr wollte es ganz genau wissen: wie sich ihre Beziehungen zu dem Angeklagten entwickelt hätten und was sie mit ihm zusammenhingen. Herr Alfred Gebhard schickte nicht in den Saal, und ob sie sonst mit irgendeinem Herrn ein Verhältnis gehabt habe. Das seltsam ganz getrodene junge Mädchen war so ver-

wirrt und betäubt von den auf sie förmlich herniederbegehenden indirekten Fragen, die nachdrücklich die intimsten Vorgänge berührten, daß sie unausphaltem hervorbrechenden Tränen oder gar ein kramphäftes heftiges Schreien aus ihr Stimme erstickten. Die ärgerlichen, ungeduldigen Juriste des Untersuchungsrichters nahmen ihr vollends jede Lieberzeugung und die Möglichkeit, in zusammenhängender, sich logisch entwickelnder Weise die Vorgänge darzulegen. Im Gegenfall, sie vernickelte sich oft in Wäberweiche, besonders bei der Schilderung der Vorgänge in dem Chambra séparé und in der Wohnung, die der junge Gebhard nachher mit ihr aufgelagert hatte und in der das angeblich gewalttätige Attentat auf sie verübt worden war.

Auch Anna Thiele wurde als Zeugin vorgeladen. Weß Geistes Kind Alfred Gebhard's Geliebte war, darüber war der erfahrene Richter natürlich halb in Klaren. Und danach konnte sich natüergemäß auch sein Urteil über die Hauptbelangungszüge, über Otte Wiedemann.

„Sage mir, mit dem Du umgehst, und ich werde Dir sagen, wer Du bist!“

Wit diesem Sprichwort trumpte der Jurist den alten Wiedemann ab, der nicht mehr wurde, zu bekennen, daß seine Tochter ein durchaus feisches, unwillkürliches Kind gewesen sei, das sich niemals freiwillig dem Wählung ergeben haben würde.

Die der Angeklagte zum erstenmal vor dem Untersuchungsrichter erschien, ergab sich zunächst, daß sich die Herren bereits kannten; sie waren einmal bei einem gemeinschaftlichen Mahl der Reserve- und Landwehroffiziere des Bezirks aufeinander getroffen. Wenn auch selbstverständlich von den beiden Seiten unter den besondern Umständen, die sie diesmal zusammenführten, auf diese Begegnung nicht weiter Bezug genommen wurde, so war es doch merkwürdig, daß die Zufälle ihrer komerzobaltischen Beziehungen unwillkürlich insofern einen Einfluß ausübte, als sich das Verhör in den konfliktualen Formen abwickelte und den Angeklagten von vornherein glaubwürdig erscheinen ließen, als den Denuntianten und seine Tochter, die sich ja doch schließlich freiwillig in eine heftigste Feindschaft eingelassen hatten.

Herr Alfred Gebhard's Heilte nicht in Klaren. Er dachte, daß er mit dem jungen Mädchen intimen Verkehr gehabt habe, wies aber die Anschuldigung, daß er zu ungesetzlichen Mitteln gegriffen hätte,



die Offiziere, sondern auf die ganze Armee ausgedehnt werden. Der Wunsch der Vorgesetzten ist in diesem Falle für die Soldaten ein Recht und so wird diesen, als ein paar Privilegien zu offen. Gegen diese großartige Maßnahme protestiert energig. Die Lösung der Soldaten ist so minimal, daß sie davon nichts entdecken können, fühlen sie sich aber gezwungen, doch etwas zu opfern, so bedeutet das entweder eine Entlohnung nach irgend einer Seite hin, oder sie müssen sehen, daß ihnen Eltern oder Verwandte die Gabe wieder erziehen, die mit einer solchen Verwendung des Geldes gewiß vielfach nicht einverstanden sind. Doch selbst wenn die wirtschaftliche Lage der Soldaten so gut wäre, daß sie leicht etwas spenden könnten, so ist und bleibt es direkt unmoralisch, abhängige Personen zu Gaben zu veranlassen und sie dabei zu kontrollieren. Wer als Soldat etwas spenden will, hat genug Gelegenheiten dazu. Die andern soll man in Ruhe lassen.

Der Kriegsminister hat unbedingt die Pflicht, diese Belastigungen der Soldaten zu unterlagen.

Aus dem Preisungsfrage.

Der seitdem bekannte Reichstagsabgeordnete Dr. Mugd an ist im Februar d. J. im Preisungsverein der Volksarbeit Vorstand in Berlin erschienen, brachte etwa 100 in den letzten Tagen neu aufgenommene Mitglieder mit, die die Verammlung majoritären, den allseitigen Dank abgaben und den Preisungsverein Dr. Mugd als Vorsitzenden wählten. Sein Freund, Dr. Wicome, bekam auf diese Weise auch ein Vorstandsamt. Nun hat ein Mitglied des Vereins, das diesem seit 25 Jahren angehört, den Dr. Mugd als Vertreter des Vereins verklagt. Die Klage geht auf Ungültigkeitserklärung der Beschlüsse und Wahlen jener Generalversammlung. Sie stützt sich, wie die Berliner Volkszeitung mitteilt, darauf, daß neben den großen Ordnungswidrigkeiten bei der Vorstandswahl selbst alle Beschlüsse und Wahlen nur durch Nichtachtung der Satzungen zustande gekommen sind. Satzungs-widrig haben sich viele Herren als Mitglieder an den Abstimmungen beteiligt, obwohl weder, wie es die Statuten vorschreiben, der Vorstand über ihre Aufnahme entschieden hat, noch sie, wie ebenfalls vorgeordnet für den Beitritt ist, im Weiten ihren Wohnsitz haben, es ist die geheime Wahl durch Verteilung gelber Mugdanzettel zu einer öffentlichen gemacht worden usw. Insbesondere wird aber bemängelt, daß eine große Anzahl von Herren (vom Walde und Jugendverein Eugen Richter) nicht ihren Beitritt erklärt haben, um den Zweck des Vereins zu fördern, sondern nur mit der bestimmten Absicht, ohne Rücksicht auf den ihnen gleichgültigen Vereinszweck bestimmten Persönlichkeiten innerhalb des Vereins zum Siege zu verhelfen, zu diesem Zweck seien sie in den Verein dringiert, auch von Dritten die Kosten bezahlt worden. Da es nun den guten Sitten widerspreche, auf Kosten anderer eine politische Überzeugung in der Form und Richtung zu bezeugen, die der Geldgeber vorsetzt, Reichstagsabgeordnete, die gegen die guten Sitten verstoßen, aber nach § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nichtig sein, so wird der Beitritt der qu. Herren als nichtig erachtet, da dieser ein Rechtsgeschäft darstellt.

Dr. Mugd vertritt es, im Reichstag recht begünstigt über den sozialdemokratischen Terrorismus zu sagen, und nun soll ihm vor Gericht bezeugt werden, daß er, bloß um die Rolle eines Bezirksvereins-Vorstandes spielen zu können, den § 138 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gegen seine eigenen Parteigrundsätze geübt hat.

Landwirtschaftliche Kurse in den Kasernen.

Zur Hebung der durch schlechte Bezahlung und miserable Behandlung verurteilten Leuten auf dem Lande, sollen kommenden Winter in den Kasernen landwirtschaftliche Kurse abgehalten werden. Der Unterricht ist so gedacht, daß dadurch der Dienst nicht beeinträchtigt werden darf, die Teilnahme soll eine freiwillige (?) sein; der Unterricht findet in den Freizeitstunden statt und soll wöchentlich zwei Stunden umfassen. Der Unterricht soll von Zivilpersonen erteilt werden, die beruflich bei der Landwirtschaft tätig sind. Als Zweck der Kurse wird angegeben:

Der Soldat, der aus dem landwirtschaftlichen Beruf stammt, soll, nachdem er längere Zeit seinem Berufe entfremdet worden war, zunächst wieder für seinen (?) Beruf interessiert werden. Er hat in seiner Dienstzeit, namentlich in Industriebezirken, andere Arbeitsverhältnisse kennen gelernt und das Leben und der Verdienst mag ihm beim Industriearbeiter lebendiger erschienen sein als beim Landarbeiter. Die sozialistische Propaganda, die auch von den sozialistisch angehauchten Kameraden sehr geschickt in der Kaserne inbirtet betrieben wird, trägt auch ihr Teil bei, den Gedanken der Landwirtschaft beim landlichen Soldaten reifen zu lassen. Aufgabe des landwirtschaftlichen Unterrichts wird es sein, die alte Liebe für die Landwirtschaft im landlichen Soldaten wieder wachzurufen und dadurch der Landwirtschaft im Interesse der Landwirtschaft vorzubringen.

Diese Abicht der Heeresverwaltung beweist zunächst, daß die jetzige Dienstzeit in der Tat verzeihen kann. Daß zu dem Unterrichts die Heeresleitung benutzt werden, ist nicht anzunehmen, denn in diesen Stunden, d. h. nach dem Dienst, ist der Soldat ermüdet und bedarf der Erholung. Wie es mit der Freiwilligkeit in der Kaserne steht, das weiß man ja. Heute bereits sind die Kasernen eine Werdanalt für die Kriegerveterane; jetzt sollen sie noch eine Arbeiterzuchtanstalt für die Agrarier werden. Das man den vom Unter-

um seinen Zweck zu erreichen, mit lebhafter Entschlossenheit zurück. Er sei ja doch kein Vorkämpfer und Landwirt. Ebenfalls sei er gewohnt, so unerbittlich und geradezu unerbittlich zu handeln. In seiner sozialen Stellung und in seiner Lebensweise habe er doch noch etwas, ein mit schwerer, entsetzlicher Strafe zu ahndendes Verbrechen zu begehen, um seinen galanten Bedürfnissen zu genügen. Die Anschuldigung des jungen Mädchens sei lächerlich und unbillig, und offenbar nur erfinden, um sich vor ihren Eltern reinzuwaschen. Die Tatsache, daß sie mit ihm nicht nur die Kempinski geteilt, sondern auch in seiner Begleitung das Segare raucht habe, sei doch Beweis genug, daß sie nicht die Unschuld vom Lande sei, als die sie sich hinstellte. Sie würde doch niemand glauben können, daß er sie mit Gewalt nach dem Segare und hernach ins das für seine kleinen Nahrungsmittel Absteigequartier befördert habe.

Ein paar Wochen später erhielt Herr Wadernann, der seine Stellung in der Fabrik aufgegeben und mit Hilfe seiner Exparnisse einen Weintraubenhandel angelegt hatte, den Bescheid, daß die Staatsanwaltschaft seinen Kurs sehe, die Anklage gegen den Angeklagten zu erheben. Die Widersprüche in den Aussagen seiner Tochter, sowie die näheren durch die Vernehmungen ermittelten Umstände hätten belächelnde Momente, die die gegen den Fabrikbesitzer Herrn Alfred Gebhard erhobene Anschuldigung zu häufig geeignet seien, nicht ergeben.

(Fortsetzung folgt.)

sticht Betroffenen auch nebenbei sozialistische Gedanken austreten will, ist ja eigentlich selbstverständlich, nur wird man damit kein Glück haben. Der Vorgang beweist nur, daß man, gefälligst auf den in der Kaserne herrschenden Kadavergeruch, die Soldaten selbst dazu treffen will, ihrem selbstgewählten bürgerlichen Beruf zu kehren. Die Agrarier werden nun natürlich mit doppeltem Eifer für militärische Forderungen eintreten. — Was die alte Liebe anlangt, die bei den Landarbeitern nie dagewesen ist und nie dagewesen sein konnte, so kann sie nicht „wieder wachgerufen“ werden, sondern sie müßte erst geweckt werden. Und das geschieht nicht durch Potemkinsche Dörfer sondern durch die bekannten „Anklagegründe“ Heinrich Heines.

Der „Beirat“. Auch bürgerliche Wähler zeigen sich ungehalten darüber, daß ein Beirat eingesetzt werden solle, an den die für Zeppelein gesammelten Gelder abzuliefern seien. Der geniale Erfinder würde auf diese Weise unter eine Art Kuratel bei Verwendung der Gelder gestellt werden. Allerdings soll sich Zeppelein selbst mit der „Bestimmung einer Kontrolle“ einverstanden erklärt haben; diese könnte sich aber doch nur erstrecken auf die vom Reich bewilligten Mittel. Die Anregung zur Einsetzung eines Beirates ist „von allerschwersten Stelle“ ausgegangen sein. Mit dieser Bestimmung meint bezeichnend die bürgerliche Verwaltung nicht ihren Vergott sondern ihren Kaiser. — Selbst die Kreuzzeitung lehnt sich gegen diese Veranordnung der Göttinger über die des großen Zeppelein auf und vertritt, sie würde die bei Zeppelein eingehenden Gelder seinem Beirat auszuhandeln sondern direkt dem Erfinder.

Als „zum mindesten verfrüht“ bezeichnet die Pfalz Rundschau die Nachricht von einer Kandidatur Fabiodosty für Speyer-Subdivisionsrat. Das Dementi ist so hoch gehalten, daß darin eine Bestätigung der Mitteilung erklart wird, die Nationalliberalen wollten, um die Zentrumsstimmen in der Stichwahl zu fangen, den früheren Staatssekretär des Innern aufstellen.

Dem Verl. Tagelb. ist ein Telegramm zugegangen, daß tatsächlich eine Verammlung liberaler Vertrauensmänner beschlossen hat, den Grafen Fabiodosty als Kandidat vorzuschlagen.

Das Mandat mit dem Manufaktur. Vom Gemeinderat in Quasnick bei Leipzig wurde am 6. März d. J. das Gemeinderatsmitglied, Genosse Rebig, in den Schuldvorstand der Schulgenossenschaft Quasnick-Quasnick gewählt. Aber diese Wahl regte sich einige Ortsgroßen auf und legten Protest bei der Bezirksinspektion ein. Jetzt, nach fünf Monaten, hat Genosse Rebig, der inzwischen für seine Schulvorstandslegung geladen worden war, Weisheit erhalten. Die Bezirksinspektion teilt ihm darin mit, sein Mandat werde „von aufseitswegen“ nicht beanstanden, solange sich der Gewählte jeder öffentlichen Agitation gegen die Volksschule in ihrer gegenwärtigen Verfassung enthalten. Das wäre also ein Mandat mit dem Manufaktur. Natürlich wird sich unter Genosse nicht abhalten lassen, die Interessen der Volksschule und der Schüler in sozialdemokratischem Sinne zu vertreten.

Ein Soldatenvereinsminister? Nach einer Meldung der V. J. a. Mittag soll die Verabschiedung des preussischen Kriegsministeriums v. einem und seiner Ersetzung durch den bisherigen Kommandanten der 15. Division in Köln, Generalmajor von Gallwitz bevorzugen. Die Deutsche Tageszeitung hat sich dazu aus dem Kriegsministerium die Auskunft geholt, daß dort von einem beabsichtigten Ministertum des Herrn v. einem nichts bekannt sei. Deswegen aber könnte seine Verabschiedung natürlich längst beschlossene Sache sein, denn in Preußen ist gewöhnlich der Minister der letzte, der ernannt, was zu alternativen ihn selber angeht.

Der Kölner Generalmajor v. Gallwitz soll bei der letzten Kaiserparade mit einer besonders präparierten Aufmachung seiner Division starken Eindruck erzielt haben. Außerdem ist er einer der eifrigsten Förderer des Soldatenvereinswesens, fälschlich Kriegervereine genannt.

Gegen Steuern auf Kraft und Licht spricht sich jetzt auch die Preisigen Zeitung mit großer Schärfe aus. Mit allem Nachdruck“ schreibt sie, „wird man darauf zu bringen haben, daß der Bundesrat nicht erst eine solche Belastung gutheißt, und daß, wenn dies geschieht, der Reichstag sofort und unabweisbar seine ablehnende Haltung dokumentiert.“ Es gibt nun von der Erbschaftsteuer bis zur Zigarrenbanderolle keine Steuer mehr, gegen die sich nicht wenigstens eine der Wochensparten mit großer Entschiedenheit ausgesprochen hätte. Als gelehrige Schüler ihres Meisters riefen sich die Parteien wohl darauf ein, im Ernstfall „keine Konsequenzenmacher“ zu sein.

Beendigung des Zollkrieges mit Ost. Die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und der haitianischen Republik gehen zu einer Verhängung geführt, deren Ergebnis ist, daß durch eine demnächst zu erwartende kaiserliche Verordnung unter Zustimmung des Bundesrates die durch Verordnung vom 17. April 1901 gegen Haiti eingeführten Zollpässe am 1. September d. J. außer Kraft treten.

Die gegen Haiti angeordneten Zollpässe betrafen im wesentlichen Wein, Kaffee und Kakao. Die Einfuhr der beiden letztgenannten Artikel nach Deutschland hatte völlig aufgehört. Von dem Zollausfall auf Weinholz ist die deutsche Härtindustrie empfindlich getroffen worden.

Ausland.

Österreich. In Wien wurde gestern angefündigt, der Kaiser habe bestimmt, daß die Annalen für die vom Justizminister Beurteilten, welche anlässlich des Regierungsjubiläums am 1. Dezember stattfinden sollte, schon am 17. August proklamiert wird. Vorher werden alle wegen Majestätsbeleidigungen und Beleidigungen von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses Beurteilten amnestiert, dann wird Strafmaß für die wegen Majestätsbeleidigung Beurteilten und für Fälle von tatenloser Auslieferung gemindert.

Holland sendet mehrere Kriegsschiffe nach Venezuela, weil zwischen den Regierungen beider Länder eine Spannung dadurch entstanden ist, daß ein holländisches Kriegsschiff beim Vorbeifahren bei zwei venezolanischen Festungen nicht „grüßte“.

Türkei. Die Reaktion benutzt jede Gelegenheit, die gemäßigten Freiheiten als gefährlich für das Bestehen der Ordnung hinzustellen. So führt jetzt ein Blatt die angeblich vermehrte Unruhe auf den Straßen von Konstantinopel während der Nacht auf die Amnestierung der „gemeinen Verbrecher“ zurück. Das ist schon um des willen eine Erfindung, weil Strafginge dieser Art überhaupt nicht entlassen worden sind.

Das große Aufträumen in der Verwaltung wird fortgesetzt. Die Staatspräsektur von Konstantinopel ergibt durch Streichung überflüssiger Beamtenposten monatlich 20000 Mark Ersparnisse.

Amerika. Die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat in den ersten sieben Monaten dieses Jahres

um rund 84 Millionen Dollar (142 Millionen Mk.) weniger betragen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

China. Bei einer Meuterei chinesischer Soldaten in Kongschun (Wittelschina) wurden mehrere Offiziere getötet. Die Aufständischen bemächtigten sich eines Militärlagers und zogen in die Kiangderge.

Südamerika. Als Antwort gegen den Präsidenten der Republik Peru wird ein belangloses Formokommis aufgebracht. Ein Mann hielt ihn auf dem Spaziergange auf. Der Präsident rief um Hilfe, rief auf der „Attentat“, ohne irgendeine Waffe gebraucht zu haben, die Flucht ergreif.

Zur Revolution in Russland.

Vollbildung in Russland. Von den 144 Millionen Einwohner Russlands im Jahre 1903 konnten nur 26 1/2 Millionen lesen und schreiben, und zwar von je 1000 Personen (männlichen und weiblichen) in den Ostprovinzen je 777, in Finnland 675, im Weichselgebiet 305, im übrigen europäischen Russland 215, in Sibirien 123, im Kaukasus 121, in Zentralasien 50. Die jährlichen Ausgaben des Staates für Volksschulbildung betragen pro Kopf der Bevölkerung 11 Kopeten (22 Pf.). Mit Zuzurechnung der von den Städten, Landesherrn und Gemeinden für Unterrichtszwecke aufzubringen Summen lauten dieser Betrag auf 41 (82 Pf.) Kopeten pro Kopf. Wie gering diese Zahlen sind, zeigt der Vergleich mit anderen Ländern. Es betrugen für Volksschulbildung pro Kopf: Japan 1,08 Mk., Schweden 1,07, Norwegen 0,96 Mk., Deutschland 0,82 Mk., England 0,72 Mk., Schweiz 0,68 Mk., Dänemark 0,49 Mk., Vereinigte Staaten 0,73 Mk., Neu-Seeland 1,148 Mk. Russland steht also hinter allen Kulturländern des Weltens weit zurück. Auch in China steht die Volksschulbildung auf einer bedeutend niedrigeren Stufe, da es dort fast keine Analphabeten gibt.

Die Zahl der russischen Kinder im Alter von 8 bis 12 Jahren wurde auf 12 500 000 veranschlagt. Es wären demnach, falls man auf eine Normalschule 50 Kinder rechnet, im ganzen 265 042 Volksschulen erforderlich. Bei einem Durchschnittsgehalt der Lehrer von 840 Mk. müßten allein an Lehrergehältern 206,7 Millionen Mk. aufgebracht werden. Das Ministerium hat jedoch für den Volksschulunterricht nicht mehr als 18 Millionen Mark zur Verfügung. Nun kommen aber noch die übrigen Unterhaltskosten der Schulen hinzu. Nach dem Anschlag des Staatssekretärs erfordert der Unterhalt einer Stadtschule 2400 Mk. und einer Dorfschule 1000 Mk. Doch leidet die Erziehung der Landkinder und Stadterbkinder, daß diese Kosten sich bedeutend höher stellen. Selbst wenn man die besprochenen Ziffern des Staatssekretärs gelten läßt und annehme, daß die Stadtschulen den Dorfschulen gleich rechnen, würden diese 265 042 Schulen für ihren Unterhalt 865 Millionen Mark beanspruchen und unter Zuzurechnung der Lehrergehältern einen Gesamtaufwand von fast 800 Millionen betreffen.

Ein Parteikonflikt.

Bei der Abstimmung über das Budget haben am Mittwoch in der badischen Kammer neun der sozialdemokratischen Abgeordneten für das Budget gestimmt; nur die Genossen Adolf Ged und Lehmann stimmten dagegen. Daß die Abicht, diesmal für das Budget zu stimmen, bei der Mehrheit der Fraktion bestand, war vorher schon bekannt geworden und hatte den Vorwärts veranlaßt, bereits am Dienstag einen Artikel zu veröffentlichen über die Aufhebung gegen die Parteidisziplin. Nachdem dann am Mittwoch die Abstimmung in der eingangs erwähnten Weise erfolgt ist, behandelt der Vorwärts in seiner geliebten Nummer die Angelegenheit in einem zweiten Artikel, überschrieben: Der Disziplinbruch vollendet.

Der Disziplinbruch wird darin gefunden, daß die neun badischen Parteigenossen gegen den Beschluß des Wälder Parteitag gehandelt haben, welcher die Ablehnung des Budgets sowohl im Reichstage als in den Landtagen der Bundesstaaten forderte. Die Resolution lautet wörtlich:

In Ermägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenkampfes tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind.

Spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundgesätzen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden.

Die Mehrheit der badischen Fraktion hielt einen solchen Ausnahmefall für vorliegend. Sie gaben vor ihrer Abstimmung in der Kammer folgende Erklärung ab:

Mit Rücksicht darauf, daß für die kommende Budgetperiode verhältnismäßig erhebliche Wertsteigerungen eintreten werden, die Beamtengehälter und Arbeiterlöhne angefordert werden, stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Budget. Diese Abstimmung soll kein Verzicht auf die Parteidisziplin für die Regierung sein. Die Politik des Ministeriums wird vielmehr, wie bisher, von der Fraktion energig bekämpft werden, da die Regierung wiederholt in Wort und Tat, wie z. B. im Falle des Eisenbahnarbeiterstreikes, den Grundsatzen der staatsbürgerlichen Gleichheit gegenüber Angehörigen der sozialdemokratischen Partei verletzt und durch ihre Haltung im Bundesrat, namentlich auch bei Beratung der Reichsfinanzreform, wichtige Volksrechte schädigte. Nachdem die sozialdemokratische Fraktion am Zustandekommen der Beamtengehälter nach besten Kräften mitgearbeitet hat, hält sie sich für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung der Mittel, die zur Ausführung dieser Gehälter notwendig sind. Nur aus diesem Grund hat es die Fraktion unterlassen, ihr Widerstand gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtbudgets zum Ausdruck zu bringen.

Es braucht nicht daran gedankelt zu werden, daß die Parteigenossen, welche für das Budget stimmten, das gute Glauben gewesen sind, der in Rücksicht vorerwähnten Ausnahmefall liegt vor und rechtfertigt ihre Zustimmung zum Budget. Aber wenn so ohne weiteres ist, daß der Parteitag die Auffassung nicht teilen konnte den badischen Genossen erklären wird, auch wenn er erhebliche Beträge für Arbeiterlöhne und Beamtengehälter in den Etat gestellt sind, oder auch wenn die Fraktion am Zustandekommen eines bestimmten Budgetteiles „nach allen Kräften mitgearbeitet hat“, sei die Ablehnung des Gesamtbudgets geboten.

Der Fall wird noch dadurch komplizierter, daß am Sonntag vor Pfingsten eine Konferenz süddeutscher Landtagsabgeord-

weiter festgestellt hat, die zwar nicht den Beschluß faßte, in Zukunft für das Budget zu stimmen, aber sich doch dahin aussprach, die Aufhebung des Lübecker Beschlusses sei anzustreben. Wir können dem Vorwärts durchaus bei, wenn er tadelt, daß diese Konferenz heimlich gehalten worden ist. Derartige wichtige Konferenzen sind in voller Öffentlichkeit zu verhandeln. Als um der Parteivorstand am 8. August erfuhr, daß die Mehrheit der badischen Genossen für das Budget stimmen wollte, richtete er an den Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie die Bitte, ihm möglichst bald eine bestimmte Nachricht darüber zu liefern, was an diesen Dingen wahr sei. Erst unter dem 7. August erhielt der Parteivorstand die lateinische Mitteilung, daß der Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie am 6. August mit der Landtagsfraktion eine gemeinsame Sitzung abgehalten habe, über deren Ergebnis vorläufig Schweigegelobt erlassen sei. Der Landesvorstand sei deshalb nicht in der Lage, der Aufforderung zu entsprechen. Der Parteivorstand telegraphierte sofort nach Mannheim zurück, daß es für ihn kein Schweigegelobt geben könne. Er bitte, solche Forderungen gefälligst zu unterlassen und demnächst umgehend Bericht zu erstatten. Darauf ist der Parteivorstand in Berlin ohne weitere Antwort geblieben. Auch dieses Verhalten der badischen Genossen ist uns sehr entsetzlich zu mißfallen. Dem Parteivorstand gegenüber kann es in Parteien kein Schweigegelobt über die Haltung bei einer Abstimmung geben.

Der Vorwärts gebraucht in seinem geistigen Artikel ungenügend scharfe Ausdrücke. Er bezeichnet die Verweigerung der Auskunft als den unerhörtesten Bruch der Disziplin, als standalöse Auflehnung gegen das Organisationsstatut, das die Verfassung der Partei sei. Durch die Verweigerung der Auskunft sei eine etwaige Meinungsverschiedenheit zu einem bewußten Disziplinbruch, zu einer beschämten, wohlwollenden Brückung geworden. Der Vorwärts ist überzeugt, daß die Gesamtpartei diesen Bruch in der schärfsten Form verurteilen wird, da das Verhalten die Aufhebung aller Parteidisziplin, die Lockerung allen Parteizusammenhaltes, der Bestörung der Demokratie bedeute. Die Begründung der Zustimmung zum Budget erscheint dem Vorwärts „absolut nicht richtig“. Die süddeutschen Parteimitglieder erklären sich mit dem Verhalten der badischen Genossen einverstanden, da sie einem der in Lübeck vorgesehenen Ausnahmefälle für vorliegend erachten. Die Mannheimer Volkstimme findet es auffallend, daß der Vorwärts diesmal so kräftige Worte gebraucht, während er voriges Jahr die gleiche Handlung der Genossen in Würtembergischen Landtage mit so großer „Distinction“ behandelt habe. Die Geheimhaltung von Fraktionsbeschlüssen sei überall üblich, auch bei unserer Reichstagsfraktion. (Das Mannheimer Parteiblatt vergißt, daß es sich hier um die Geheimhaltung einer wichtigen Parteiangelegenheit vor dem Parteivorstande handelt; diese ist, wie wir schon gesagt haben, durch nichts zu rechtfertigen.) — In einem zweiten Artikel betont unser Mannheimer Parteiblatt, nur sächliche Gründe der politischen Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit seien für die Fraktion entscheidend gewesen. (Darüber kann man eben sehr verschiedener Meinung sein, ob die Zustimmung notwendig und zweckmäßig war.) Der Frankfurter Volksfreund stellt sich auf den Standpunkt der Mannheimer Volkstimme und meint, nicht die Zustimmung zum Budget sondern seine Ablehnung würde von den badischen Parteigenossen nicht verstanden worden sein.

Die Mannheimer Post stellt fest, daß der Parteivorstand nach dem Parteistatut keinerlei Aufschubrecht über die Landtagsfraktionen zuzühe. Finde der Parteivorstand etwas tadelswert, so sei der Parteitag der Ort, die Beschwerden vorzubringen.

In der Schwäb. Tagwacht, unserem württembergischen Parteiorgan führt Genosse Reil aus, daß auf der vom Vor-

wärts erwähnten Konferenz ausdrücklich betont worden sei, das Verhalten der Landtagsfraktionen müsse im Einklang stehen mit dem Lübecker Beschlusse. Andererseits habe man nicht verhehlt, daß die hiererzogene Ablehnung des Budgets keine günstige politische Wirkung haben könne.

Die Mannheimer Volkstimme schreibt heute: „Die badischen Genossen haben mit ihrer Haltung recht. Wir haben schon bei früheren Anlässen hervorgehoben, daß die automatische Ablehnung des Budgets politisch verfehlt ist. Sie nach der politischen Situation muß die Masse zur Annahme kommen, dann müssen wir die Lage, anders — find wir ihr stets preisgeben. Die Lübecker Resolution ist dabei nicht verletzt; sie gebietet nicht generell die Ablehnung des Etatgesetzes.“

Die Frankf. Volkstimme ist zwar für Klärung der Angelegenheit, findet aber heute gleich dem Kasseler Volkstimme, das große Gespöß des Vorwärts nicht angebracht. Der mißliche Streit werde nur wieder den Nürnberger Parteitag zum Schaden der übrigen Arbeiten überwiegen, er werde unnötig verschärft, durch eine ungeheure Ueberschätzung der Wichtigkeit der Budgetabstimmung bezw. des parlamentarischen Arbeit unter dem Proletariat selbst sei viel wichtiger.

Der Frankfurter Volksfreund kommt in seiner heutigen Nummer auf die Sache zurück und erklärt, eine weitere Antwort sei dem Parteivorstand zum Besten nicht gegeben worden, weil er mit dem Worte „Anderen“ um sich geworfen habe.

Im Gegensatz zu den süddeutschen Blättern stellen sich die meisten anderen Parteiorgeane, soweit sie bisher Stellung dazu genommen haben, auf Seiten des Vorwärts, so das Hamb. Echo, die Leipz. Volkstimme, die Wirt. Volkstimme.

Wir kommen morgen auf die Angelegenheit zurück.

Parteinachrichten.

— In der Wiener Arbeiter-Zeitung protestiert der Londoner Korrespondent derselben gegen zwei Auslassungen der Genossen Syndmans und Wlatzoff. Ersterer hatte in einem Artikel geschrieben, es sei zweifellos, daß Deutschland einen entscheidenden Momentpunkt in der Vorstufe vorbereite und eine Besetzung Englands denke. Es sei feig von England und müsse gedankt werden, daß es diese Wühlungen gegen sich ruhig fortsetzen lasse. — Wlatzoff ging noch weiter. Er protestierte gegen die vom Ausschuss der englischen Arbeiterpartei gefasste Resolution, welche sich gegen die Kriegsheer in England und Deutschland richtet. Wlatzoff meint, in England gebe es keine Kriegsheer, nur in Deutschland. — Der Korrespondent der Wiener Arbeiter-Zig. bemerkt dazu:

Syndmans und Wlatzoffs Worte werden einen schlimmen Eindruck hervorbringen sowohl in England wie auf dem Kontinent. Sie werden schon jetzt mit Behagen von der Zingopresse zitiert und auch in Deutschland entsprechend ausgenutzt werden. Es muß bemerkt werden, daß sowohl Syndman wie Wlatzoff, die jeder in seiner Art dem Sozialismus in England große Dienste geleistet haben, außerhalb der Arbeiterpartei stehen, welche die anerkannte Vertretung der politischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse ist. Wlatzoff ist ein Stimmungsmensch, bei dem Entgleisungen nicht selten sind. Während des Burenkrieges war er für die Sache Englands so begeistert, daß er, wie er selbst im Clarion erzählte, sich von seiner Tochter am Knieer „God save the Queen“ (Gott segne den König) vorspielen ließ. Auch Syndmans Ansichten sind nicht überaus feindlich. Während der schlimmen Tage, wo die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokkos am höchsten war, hat Syndman wohl das Bbsartigste über Deutschland geschrieben, was damals überhaupt in England zu lesen war, und hat auch über

Jaurds die Schale seines Hornes aus diesem Anlaß ausgegossen. Aber seine Ausführungen blieben damals ziemlich unbeachtet. Diesmal kann man nicht mehr so nachsichtig sein, weil anscheinend eine systematische Verarbeitung der englischen Arbeiterklasse im antideutschen Sinne beabsichtigt werden soll.

Es ist zu begrüßen, daß ein englischer Parteigenosse selbst gegen die Entgleisungen Stellung genommen hat.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf in Stettin. Donnerstag nachmittags 3 Uhr, fand eine Arbeiterversammlung statt. In derselben wurde durch Handheben einstimmig beschlossen, morgen nicht in den geöffniten Betrieb hineinzugehen.

Vermutlich ist diese ablehnende Haltung darauf zurückzuführen, daß nur ein Drittel der Arbeiter wieder eingeteilt werden sollte und die Streikenden dieser beliebigen Art. Maßregelungen vorzunehmen, keine Handhabe gewonnen hätten. Das kann man ihnen nicht verdenken. Die Direktion der Luisenwerke hat darum, wie dem Verf. Zgbl. mitgeteilt wird, den vorgeschlagenen Maueranschlag zurückgezogen und durch einen neuen ersetzt, nach welchem mit dem Freitag der „Leistungsbetrieb“ wieder für sämtliche Arbeiter zu öffnen ist.

Wie der Herr, so's Gekcher. Gestern widmete unser Volksblatt dem Führer der G. l. e. b. einen Artikel, aus dem hervorging, was für ein Prachtmensch an ungeläuterter Ehre und Moral Monsieur Guggenheimer ist. Wie er, so der Vorwärtende des Bundes der gelben Metallarbeitervereine, der Wertzeugmacher Ernst Schmidt in Berlin. Ihm ist nachgeholfen worden, daß er beim Streik in der Waffen- und Munitionsfabrik in Bitternau 42 Mark Streiklohn unterschlagen hat. Dem sozialdemokratischen Metallarbeiter G. hat eine Woche Streikunterstützung unterschlagen. Schmidt hat während desselben Streiks den Wert des Streiklohns unter Vorspiegelung falscher Tatsachen um 30 Mk. geprellt. Die Allgemeine Metallarbeiter-Kassenkasse Nr. 29 in Hamburg hat Schmidt um 1380 Mark betrogen. Den Dreher Böhm in Reindorf hat Schmidt um 19 Mark geprellt. Noch einige Fälle ähnlicher Art liegen vor. Der sozialdemokratische Wahlverein im 5. Berliner Wahlkreis gehört auch zu den Leidtragenden. — Die Berliner Verbands-Metallarbeiter haben diese Photographie des Schmidt entworfen, weil in Nr. 30 des von den Internationisten ausgeschalteten Organs der Gelben, der P. u. B., ein Artikel enthalten ist, betreffend die Unterschlagungen, die im Laufe einer Woche von Zuckern in den verschiedensten Gewerkschaften vorgekommen sind oder sein sollen. Die Gewerkschaften, die zurzeit fast zwei Millionen Mitglieder umfassen, sind stets gegen etwaige Versammlungen vorgegangen, oft eher zu streng als zu mild. Die Gelben aber wählen zu ihrem Bundesvorsitzenden einen Mann, den die Gewerkschaften wegen seiner Inehrlichkeiten abgehaßter haben. Das ist der Interdisch.

Schweis. Das Verbot der Arbeit für Wäcker ist nun im Kantone Tessin in Kraft getreten. Von abends 9 bis morgens 4 Uhr im Winter und bis 3 Uhr im Sommer darf weder ein Gehilfe noch der Meister in der Wäckerarbeit. In Wädereien, in denen nur eine einzelne Person arbeitet, darf zwei Stunden früher angefangen werden. Die Gesellen folgen dafür, daß das Gesetz streng eingehalten wird.

Frankreich. Der über zwei Monate dauernde Streik der Arbeiter in der großen Zuckerraffinerie zu Marzeille ist beendet worden, nachdem die Direktion eine genaue Prüfung der Forderung genehmigt hat. — In Le Mans streikten die Maurer des Spitals wegen Differenzen mit dem Ausschuss.

Türkei. Die Schiffswerkelader in Smyrna sind wegen allzu geringer Entlohnung ausständig geworden.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Fröhlich in Halle.

H. K. W. A. N.

Kalle a. S. Leipzigstr. 87.

Sonnabend Sonntag Montag

Vorteilhafte Baumwollwaren-Tage.

Bedeutende Preisermässigungen

Für diese Tage sind grosse Gelegenheitsposten allerbilligst ausgelegt.

Inletts fertig genäht 4.50 3.60 2.50 Bettbezüge mit 2 Kissen wachsechte Muster 4.75 3.50 Bettuch-Dowls weiß weicher Wtr. 85 Pf. Bettfedern Sonder-Preise C 2.75 2.00 1.20 90 Pf. Damast weiß, Bettbreite 85 Kissenbreite 58 Pf. Linoleum-Reste staunend billig. Bettdecken Größte Auswahl 2.40 1.95 1.50	Herren-Barchent-Hemden wachsechte Farben 1.85 1.25 Herren-Barchent-Hemden schwarz-weiß 1.60 Frauen-Barchent-Hemden hell bun 1.85 98 Pf. Betttücher gar. wachsecht, Farb. bunt und weiß mit Rante 1.85 1.25 75 Pf. Barchent-Unterröcke dunkel u. hell 2.25 1.75 90 Pf. Militär-Nessel gestreift Wtr. 42 38 Pf. Strickjacken gute Qualitäten 1.40 1.15	Inlett , rot und gestreift Meter 60 48 Pf. Inlett , Bettbreite Meter 98 68 Pf. Bettzeug , garantiert wachsecht, Wtr. 43 35 23 Pf. Kleider-Barchent in allen Breislagen Meter 60 35 25 Pf. Bettkattun , neue Muster, Wtr. 40 38 29 Pf. Tischtücher , weiß, Stück jezt 1.40 1.10 Wtr. 68 Pf. Strohsäcke , 1.70 1.40 1.00	Unterrock-Barchent , einfarbig, Meter 33 35 20 Pf. Gingham für Schürzen, Kleider, Meter 60 40 28 Pf. Schürzendruck , prima Qual. Meter 85 Pf. Gardinen , 3 große Posten, weiß u. crème, Meter 65 45 25 Pf. Hemdentuch , weiche Qualitäten, Meter 48 40 28 Pf. Hemden-Barchent , bunt, Wtr. 45 28 Pf. Nachtjacken-Barchent , bunt u. weiß, Meter 42 28 Pf.
Vollständiges Bett Oberbett, Unterbett mit zwei Kissen, gute Füllung 2750	Strickwolle prima Ware, Sp. 350 300 275 220	Korsetts neue Schnitte 210 185 125 68 Pf.	Jagd-Westen große Posten jezt 375 250 100

Marken der Spar-Vereinigung oder Konsummarken. Auf Wunsch 5 Prozent in bar. Erfrischungsraum erste Etage.

Allg. Konsum-Verein für Prettin a. E. und Umg.
 E. G. M. D. H.
 Sonnabend den 22. August abends 9 Uhr im Geschäftsfokal
Ausserordentl. Generalversammlung
 Tagesordnung: 1. Wahl zweier Vorstandsmitglieder. 2. Geschäftsbericht. 3. Wahl des Aufsichtsrats.
 G. M. D. H. Vorsitzender des Aufsichtsrats.

Metallarbeiter-Verband Teuchern.
 Sonnabend den 15. August abends 8 1/2 Uhr im grünen Baum
Mitglieder-Versammlung.
 Die Tagesordnung wird in der Verammlung bekannt gegeben.
 Die Kollegen von Teuchern und Umgebung werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.
 Die Verwaltung.

Jugendbildungsverein Halle a. S. u. Umg.
 Sonntag, den 16. August nachmittags 4 1/2 Uhr im Saal des „Weißen Hof“, Geißestraße 5
Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Jugendorganisation. 2. Freie Diskussion.
 Alle Mitglieder haben zu erscheinen. — Die Mitglieder der früheren Jugendabteilung des Arbeiter-Bildungsvereins und alle Freunde und Gönner der Jugendbewegung sind freundlich eingeladen.
 Der Vorstand.

